K-3-052: Solidarität grenzenlos!

Antragsteller*innen Clemens Sachs

Antragstext

Von Zeile 51 bis 53 einfügen:

ungerechte Sparpolitik durchsetzen, die auf Kosten der Menschen vor Ort geht. Auch die Europäische Union ist daran nicht unbeteiligt. Erst zuletzt haben wir am Migrationsdeal mit Tunesien gesehen, dass die EU sogar bereit ist, Deals mit

Von Zeile 84 bis 86 löschen:

Wir wollen in einer demokratischen Welt leben, in der Menschen ~~über alles, was sie betrifft,~~ mitentscheiden können und in der Antidemokraten keine Chance mehr haben.

Von Zeile 88 bis 89 löschen:

Diese Vorstellung einer gerechten Welt wird sich nicht ~~morgen~~ realisieren lassen. Wir sehen aber an so vielen Orten weltweit, wie Menschen diese Umstände

Von Zeile 116 bis 123 löschen:

nicht nur in Deutschland. Allzu oft wird das aber von einflussreichen Regierungen aufs Spiel gesetzt. ~~Die deutsche Bundesregierung spielt oft eine besondere, aber keine besonders gute Rolle. Sei es die Abschottung an den EU-Außengrenzen, Kooperationen mit autokratischen Staaten, die Menschen im eigenen Land und in Nachbarregionen bekämpfen oder die unsoziale Sparpolitik, die Deutschland und die EU anderen Regierungen aufzwingt - Internationale Solidarität bedeutet für uns auch, dass wir uns gegen diese Art von Außenpolitik zur wehr setzen und hier in Deutschland Druck für Veränderung machen.~~

Begründung

Zur ersten Änderung: Die Ursprungsform ist mutmaßlich nicht im Interesse der Antragsschreibenden. Hierbei handelt es sich um eine redaktionelle Änderung.
Zur zweiten Änderung: Eine solche Formulierung deutet auf die Forderung nach einer massiven Stärkung der direkten Demokratie hin. Diese kann allerdings unter anderem zu politischer Instabilität führen. Bei Entscheidungen muss mehr Beratung

mit Bürgern erfolgen. Als Entscheidungsgremium sollten aber weiterhin die Parlamente dienen.
Zur dritten Änderung: Bei den genannten Ideen handelt es sich für einige Personen um einen Idealzustand in der Welt. Umsetzbar ist dieser mit Sicherheit nicht. Alleine der Wunsch nach der Verhinderung von Flucht ist im Angesicht der fortschreitenden Klimakrise lediglich Utopie.
Zur vierten Änderung: Die deutsche Bundesregierung geht auf europäischer Ebene Kompromisse ein, die wir als GRÜNE JUGEND nicht unterstützen können. Dennoch sollten wir beachten, dass die Europäische Union auf Kompromissfindung aufgebaut ist. Diese mit anderen Ländern zu finden ist notwendig und Aufgabe der Bundesregierung. Dazu zählt es, berechtigte Sorgen von anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aufzunehmen und beispielsweise in der Flüchtlingspolitik in humanitäre Kompromisse umzuwandeln.